

Antrag Nr. 19-F-01-0013

SPD

Betreff:

Auswirkungen der Trennung der Stadtpolizei und der Verkehrsüberwachung
-Antrag der SPD-Fraktion zu TOP 5 der TO I der Stadtverordneten-versammlung am 12.09.2019-

Antragstext:

De Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat möge berichten:

- a. Wie viel zusätzliches Personal wurde seit Trennung der Stadtpolizei und der Verkehrsüberwachung zur Erfüllung der jeweiligen Aufgaben in diesen beiden Ämtern eingestellt.
- b. Wie hat sich die Einnahmesituation im Bereich der Verkehrsüberwachung seit Trennung der Ämter entwickelt?
- c. Woraus ergibt sich die Reduktion von Einnahmen aus der Überwachung des ruhenden sowie des fließenden Verkehrs in Höhe von 5,5 Mio. € pro Jahr in den weiteren Bedarfen zu den HH-Beratungen 2020/21? Welche Annahmen lagen der Einnahmeerwartung für das Jahr 2019 im aktuellen Haushaltsplan zu Grunde?
- d. Inwieweit sind nach der Trennung Synergien zwischen den Ämtern entwickelt worden?
- e. Wäre eine gemeinsame Leitstelle von Verkehrsüberwachung und Stadtpolizei mit Blick auf mögliche Synergien, aber auch auf Erreichbarkeit und Service für die Bürgerinnen und Bürger sinnvoll?
- f. Gibt es bei der Verkehrsüberwachung eine Hundestaffel? Wenn ja, welche Einsatzmöglichkeiten im Rahmen der Verkehrsüberwachung sind damit verbunden? Wäre eine Hundestaffel nicht sinnvoller bei der Stadtpolizei anzusiedeln?

Wiesbaden, 13.09.2019